

GROSSER RAT

GR.25.336

VORSTOSS

Interpellation Lelia Hunziker, SP, Aarau (Sprecherin), Mia Jenni, SP, Obersiggenthal, vom 18. November 2025 betreffend Schliessen von Lücken im Schutzsystem für Menschen mit Behinderung

Text und Begründung:

Internationale Studien zeigen deutlich, dass Menschen mit Behinderung signifikant häufiger von Gewalt betroffen sind als Menschen ohne Behinderung. Der Bericht des Kantons Zürich zur „Bedarfserhebung Opferhilfe“ (2024)¹ weist darauf hin, dass der Zugang zur Opferhilfe für Menschen mit Behinderung oft erschwert ist – unter anderem durch bauliche, kommunikative und institutionelle Barrieren. Mehrere der Empfehlungen des Berichts unterstreichen die Notwendigkeit einer inklusiven und barrierefreien Opferhilfe.

Da vergleichbare Strukturen und Herausforderungen auch im Kanton Aargau bestehen können, bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zu Opferhilfeangeboten im Kanton Aargau haben?
2. Welche Schritte unternimmt der Kanton Aargau, um Beratungsstellen, Unterkünfte und Informationsangebote barrierefrei und zugänglich zu gestalten?
3. Wie werden Fachpersonen in Polizei, Medizin und Sozialarbeit im Kanton Aargau darin geschult, Gewalt an Menschen mit Behinderung zu erkennen und angemessen weiterzuleiten?
4. Wie wird gewährleistet, dass Mitarbeitende der Opferhilfe über das nötige Wissen zu Behinderung, Diversität und Inklusion verfügen?
5. Welche Massnahmen bestehen, um Menschen mit Behinderung nach Abschluss des Opferhilfeverfahrens oder eines Schutzaufenthalts bedarfsgerecht weiter zu begleiten?
6. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Vorgaben der UNO-Behindertenrechtskonvention (BRK) in der zukünftigen Planung und Steuerung der Opferhilfe im Kanton Aargau berücksichtigt werden?

¹ <https://www.zh.ch/de/sicherheit-justiz/opferhilfe/strategie-opferhilfe.html#-1783931593>